

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau der Stadt Haan
am Dienstag, dem 07.02.2023 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:55

Vorsitz

Stv. Jörg Dürr

CDU-Fraktion

Stv. Gerd Holberg
AM Barbara Leibelt
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
AM Wolfram Lohmar

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Marion Klaus
AM Sandra Niklaus

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam
Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz

Vertretung für Stv. Tessa Lukat

GAL-Fraktion

AM Jens Englich
Stv. Nicola Günther
Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

Vertretung für AM Reinhard Zipper

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Schriftführung

TA Sabine Scharf

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

StA Anja Esser

StBR Martin Stolz

VA Carina Elfen

Gäste:

Herr Kai Kröger (Wilma Immobilien-Gruppe)

Herr Arwin Shoostari (Büro ISR)

Der Vorsitzende Jörg Dürr eröffnet um 17:00 Uhr die 14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Einvernehmlich wird festgesetzt, dass der Tagesordnungspunkt (TOP) 3 aufgrund der zahlreich anwesenden Bürger als erster TOP besprochen wird. Zudem werden die TOPs 10 und 11 nach TOP 4 beraten. Die Reihung der Tagesordnungspunkte im Rahmen des Protokolls entspricht jedoch der Einladung.

Im Anschluss stellt sich der neue Amtsleiter des Gebäudemanagements, TA Stefan Greß dem Ausschuss vor.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Förderrichtlinie Dachbegrünung
hier: Fortführung der Förderung im Jahr 2023
Vorlage: 61/065/2023**
-

Beschlussvorschlag:

Die Förderung von Maßnahmen in Sinne der Förderrichtlinie Dachbegrünung der Stadt Haan i. d. F. vom 14.12.2021 wird im Jahr 2023 fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja / 0 Enthaltungen / 0 Nein
Einstimmig beschlossen

**2./ Bebauungsplan Nr. 205 „Bergische Straße / Rheinische Straße“ 46.
Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Bergische Straße /
Rheinische Straße“
hier: Darlegung der weiteren Vorgehensweise
Vorlage: 61/067/2023**

Protokoll:

StBR Martin Stolz führt in die Thematik ein. Er verweist auf die bestehende Beschlusslage zum Abschluss eines Planungsvertrags und zur Abstimmung des erforderlichen Planverfahrens. Mit der vorgelegten Beschlussfassung möchte die Verwaltung sich die Zustimmung für die dargestellte Kostenteilung und die Abgrenzung des Plangebietes einholen.

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass die vorgelegte Sitzungsvorlage bei der WLH viele Fragen aufgeworfen habe, was die Verwaltung eigentlich wolle und was im Plangebiet sonst noch gebaut werden solle. Sie fragt konkret nach, ob z.B. die Errichtung eines „Großbordells“ vorgesehen sei. Insbesondere eine Kostenübernahme durch die Stadt gemäß Beschlussvorschlag 2 werde nicht mitgetragen. Wer die Bebauungsplanänderung veranlasse, müsse sie auch bezahlen.

StBR Martin Stolz antwortet, dass die Verwaltung im Zusammenhang mit den gewünschten privaten Planungszielen auch das städtebauliche Erfordernis sehe, das angrenzende Mischgebiet zu überplanen, um hier Wohnnutzungen, Einzelhandel und die Ansiedlung von Vergnügungsstätten langfristig und zum Schutz der angrenzenden Gewerbe- und Industriebetriebe zu steuern. Die hieraus resultierenden Kosten können aus Sicht der Verwaltung nicht dem Antragsteller der Bebauungsplanänderung angelastet werden. Deshalb soll eine gerechte Aufteilung der Kosten erfolgen.

Stv. Andreas Rehm führt aus, dass die GAL den Schutz der Grünfläche präferiere. Im Bereich der bestehenden Bebauung (Tennishalle, Gut Hahn) könne man sich auch die Entwicklung eines urbanen Gebietes mit günstigem Wohnraum vorstellen. Daher wird die Neuorientierung des Plangebietes in Richtung urbanes Gebiet angeregt.

Stv. Walter Drennhaus erläutert, dass die SPD der Änderung der Parkanlage zustimme, obwohl im Vorfeld durch die vorgenommene massive Rodung bereits Tatsachen geschaffen wurden.

Stv. Jens Lemke teilt für die CDU mit, dass dem Anliegen der Verwaltung, das Gebiet neu ordnen zu wollen, grundsätzlich gefolgt werden könne. Bzgl. der Entwicklung in Richtung eines urbanen Gebietes müsse zwingend die Verträglichkeit zwischen dem Wohnen und den angrenzenden gewerblichen Nutzungen geprüft werden.

AM Thomas Kirchhoff teilt für die FDP mit, dass diese der Vorlage zustimmen könne. Es bestünden Bedenken, dass eine Wohnbebauung konfliktfrei möglich ist.

Stv. Andreas Rehm führt aus, dass die Konflikträchtigkeit nicht gesehen werde, da bereits heute ein Mischgebiet ausgewiesen ist und sich der Immissionskonflikt bei Ausweisung eines urbanen Gebietes verringere. Die Fragestellung solle daher untersucht werden.

Stv. Meike Lukat beantragt für die WLH, die in den Entwurf des Haushaltes 2023 eingestellten Planungs- und Vermessungskosten in Höhe von 44.000 € zu streichen.

Stv. Andreas Rehm beantragt für die GAL, dass die Planungsziele hinsichtlich einer wohnbaulichen Nutzung überprüft und in einer der nächsten Sitzungen des SPUBA vorgestellt werden.

Die Bürgermeisterin Frau Dr. Warnecke betont abschließend noch einmal, dass es insbesondere auch Sinn und Zweck der Vorlage gewesen sei, den Ausschuss über mögliche Risiken zu informieren, die aufgrund des vorhandenen Planungsrechtes hier entstehen könnten. Sie verweist auf nicht gewünschte Betriebe, zu denen beispielsweise auch ein von **Stv. Meike Lukat** angesprochener Bordellbetrieb gehören könne.

StBR Martin Stolz ergänzt, dass insbesondere auf die Ansiedlungsmöglichkeit von Vergnügungsstätten wie einer Spielothek hingewiesen werden sollte.

Stv. Meike Lukat führt hierzu aus, dass in einem solchen Falle mit einer Veränderungssperre reagiert werden könne.

StBR Martin Stolz erwidert, dass die Stadt dann aber auch in der Planungspflicht stehe und eine entsprechende Bebauungsplanänderung bzw. -aufstellung vollumfänglich auf eigene Kosten durchführen müsse.

Im Anschluss lässt **der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** über die gestellten Anträge abstimmen.

Antrag der GAL:

Die Planungsziele werden hinsichtlich einer wohnbaulichen Nutzung überprüft und in einer der nächsten Sitzungen des SPUBA vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja / 0 Enthaltungen / 1 Nein
Mehrheitlich beschlossen

Antrag der WLH:

Die in den Entwurf des Haushaltes 2023 eingestellten Planungs- und Vermessungskosten in Höhe von 44.000 € sind zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja / 3 Enthaltungen / 6 Nein
Mehrheitlich beschlossen

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der aufgezeigten Planungsziele und der Plangebietsabgrenzung einen Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 205 und zur 46. Änderung des Flächennutzungsplans vorzubereiten.
2. Der aufgezeigten Kostenbeteiligung wird zugestimmt. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Haushalt 2023 einzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt auf dieser Grundlage einen Planungsvertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

1Ja / 5 Enthaltungen / 10 Nein
Mehrheitlich abgelehnt

- 3./ Städtebauliche und freiraumplanerische Entwicklung der Fläche „Tenger-Nord“
hier: Werkstattverfahren zur Vorbereitung eines möglichen
Bebauungsplanverfahrens
Vorlage: 61/068/2023**
-

Protokoll:

Der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr begrüßt die anwesenden Gäste. Er unterbricht die Sitzung, um **Herrn Kai Kröger** von der Immobiliengruppe Wilma und **Herrn Arwin Shooshtari** vom Planungsbüro ISR das Wort zu erteilen.

Herr Kai Kröger stellt die Immobiliengruppe Wilma vor und informiert darüber, dass das Unternehmen beabsichtige die innerstädtische Freifläche im Bereich Tenger gemäß den Darstellungen des Flächennutzungsplans einer wohnbaulichen Entwicklung zuzuführen. Hierzu habe sich die Wilma entsprechende Rechte gesichert. Im Anschluss stellt **Herr Arwin Shooshtari**, Mitarbeiter des Planungsbüros ISR im Bereich Wettbewerb- und Verfahrensmanagement, das in der Anlage zur Sitzungsvorlage abgebildete Werkstattverfahren kurz vor. Um qualitativ bauen zu können, sollen die Belange und Anregungen der Öffentlichkeit möglichst frühzeitig im Rahmen eines solchen Werkstattverfahrens betrachtet werden.

Stv. Meike Lukat fragt nach, welche Grundstücke sich die Wilma konkret gesichert

habe. Da in der Sitzungsvorlage von einem Erwerb gesprochen werde, bittet sie um entsprechende Klarstellung.

Herr Kai Kröger teilt mit, dass das Unternehmen sich in die Lage versetzt habe, das Baugelände zu entwickeln. Anhand des Flächennutzungsplanes zeigt er die Abgrenzung der Flächen auf.

Nachdem keine weiteren Fragen an die Gäste bestehen, eröffnet **der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** die öffentliche Sitzung wieder.

Stv. Andreas Rehm bittet um Auskunft, welches Baurecht für die Flächen derzeit bestehe. Zudem weist er darauf hin, dass im Flächennutzungsplan weitere Flächen zur Verfügung stehen. Es fehle eine gesamthafte Betrachtung insbesondere im Bezug zu Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Flächenmanagement. Zudem vermisste er eine Bedarfsanalyse.

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass sie in der Vorlage ebenfalls Aussagen zum Bauplanungsrecht vermisste. Sie verweist auf Beschlüsse zum Bebauungsplan Nr. 61 und zum Bebauungsplan Nr. 172.

StBR Martin Stolz führt aus, dass die betroffene Fläche im Flächennutzungsplan überwiegend als Wohnbaufläche dargestellt ist. Der Flächennutzungsplan ist jedoch nur behördenverbindlich. Der Stadtrat könnte jedoch von seiner Planungshoheit Gebrauch machen und hier durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes Wohnbaugebiet entwickeln. Derzeit liegen die Flächen zweifelsfrei im bauplanungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 Baugesetzbuch.

Stv. Jens Lemke teilt für die CDU mit, dass diese zur Kenntnis nehme, dass das Verfahren in einen Aufstellungsbeschluss münden soll.

Stv. Walter Drennhaus verweist auf das gerade beschlossene Klimaschutzkonzept. Hierin beschlossene Maßnahmen seien zu berücksichtigen. Er schlägt vor die Entscheidung zurückzustellen.

Der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr ergänzt, dass es sich bei der heutigen Sitzungsvorlage nur um eine Kenntnisnahme handle und in der Verwaltungsvorlage auch nur aufgeführt wird, dass im Herbst ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden könnte.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum geplanten Werkstattverfahren zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

4./ Machbarkeitsstudie RLT-Anlagen **Vorlage: 65/048/2023**

Protokoll:

Der Vorsitzende Stv. Jörg Dürr schlägt vor, dass heute nur eine kurze Orientierungs- und Verständnisdebatte geführt wird. Die Beschlussfassung erfolge im BSA am 08.02.2023. Dieser Vorgehensweise wird einvernehmlich zugestimmt.

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass sie den Ratsbeschluss weiterhin für notwendig erachte und die erneute Debatte nicht zielführend sei. Sie bittet um Auskunft, wie zukünftig Schüler und Schülerinnen vor Hitzebelastung geschützt werden sollen.

Stv. Andreas Rehm teilt für die GAL mit, dass diese gern ein entsprechendes Gutachten als fachliche Unterstützung zur Verfügung gestellt bekommen möchte. Die Fensterlüftung war für die Pandemie sinnvoll, ist jedoch keine komfortable Lösung. Zudem sei die eingestellte Summe für ein Gutachten aus seiner Sicht zu hoch. Die GAL werde den Beschluss daher ablehnen.

1. Beigeordnete Annette Herz teilt mit, dass die Verwaltung gegenüber der Beschlussfassung aus 2021 nunmehr weiter sei. Die Pandemie wurde offiziell beendet, weder Schulen noch Kindertagesstätten haben sich als besondere Infektionsschwerpunkte erwiesen. Lüften war die effizienteste Lösung zur Verbesserung der Raumlufte. Aufgrund der bestehenden Haushaltslage schlägt die Verwaltung daher als Konsolidierungsvorschlag die Aufhebung des Beschlusses vor. Bei Neubauvorhaben wird die Installation von RLT-Anlagen hingegen weiterhin regelmäßig geprüft.

Stv. Walter Drennhaus teilt für die SPD mit, dass diese bei Sanierungs- und Umbaumaßnahmen sowie im Neubau weiterhin die Installation von RLT-Anlagen für sinnvoll erachte.

AM Ernst Adam führt aus, dass der damalige Beschluss allein im Zeichen der Pandemie stand. Heute stehen andere Probleme wie überhitzte Räume und ein gesundes Raumklima im Vordergrund.

Stv. Jens Lemke teilt mit, dass sich die CDU der Sitzungsvorlage anschließen.

AM Barbara Leibel führt aus, dass RLT-Anlagen die Raumlufte filtern, während AM Ernst Adam von Klimaanlage spreche.

Stv. Meike Lukat erwidert, dass die meisten Anlagen beides könnten.

TA Stefan Groß erläutert, dass RLT-Anlagen nicht zur Kühlung da sind, sondern üblicherweise allein für die Raumlüftung. Man müsse sich auch fragen, ob die Stadt

so hoch technisierte Gebäude haben und unterhalten möchte.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt den Ratsbeschluss vom 14.12.2021 in Punkt 1 „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie inkl. Kostenberechnung zur Nachrüstung aller Klassen- und Aufenthaltsräume (inklusive Mensen und Aulen) in Haaner Schulen sowie aller Gruppenräume in städtischen Kindertageseinrichtungen mit einer sog. „Raumlufotechnischen Anlage“ durch eine/n externe/n Gutachter_in bzw. Fachplaner_in erstellen zu lassen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsplan 2022 eingestellt und ein Prüfzeitraum von zwei bis drei Jahren einkalkuliert. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden dem Rat der Stadt Haan zusammen mit einer konkreten Umsetzungsplanung mit einem zeitlichen Horizont von ca. fünf Jahren vorgestellt.“ aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgte keine Abstimmung, nur eine Orientierungs- und Verständnisdebatte

5./ Ratsbeschluss vom 02.11.2021 zur Aufstellung eines Wohnungsbaukonzeptes - hier: Abschlussbericht des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum Vorlage: II/034/2023

Protokoll:

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass die WLH mit der Vorlage der Verwaltung nicht einverstanden ist. Die Verwaltung habe mit Mehrheitsbeschluss des SIGA vom 02.11.2021 den Auftrag erhalten ein Wohnbaukonzept zu erstellen. Hierzu habe es am 24.03.2022 bisher ein Arbeitsgruppengespräch gegeben, welches noch nicht einmal als Zusammenfassung der Sitzungsvorlage beigefügt ist. Stattdessen wurden 64 Seiten des Bündnisses bezahlbaren Wohnraums beigefügt. Es fehlen jedoch Aussagen zum Neubaubedarf und zur Wohnraumentwicklung in Haan.

Stv. Andreas Rehm kritisiert, dass bisher noch nicht öffentlich über mögliche Flächenentwicklungen, Nachverdichtung, Innenentwicklung gesprochen worden ist und Aussagen zur bedarfsgerechten Wohnraumentwicklung fehlen.

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke zeigt Verständnis für die geäußerte Unzufriedenheit. Sie teilt mit, dass im nächsten SUBA die zur Verfügung stehenden Flächen im Überblick aufgezeigt werden und im Rahmen des Sachstandsberichts aufgeführt wird, was wir überhaupt real zeitnah entwickeln können.

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht der Verwaltung sowie der Abschlussbericht des Bündnisses bezahlbarer Wohnraum werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

**6./ Anschlussnutzung Grundstück Feuerwehrgerätehaus Gruitzen
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2023**

Protokoll:

AM Sandra Niklaus erläutert für die SPD den gestellten Antrag.

Stv. Meike Lukat schlägt der SPD vor, den Antrag zurückzuziehen und die Fläche gesamthaft in einem Wohnbaukonzept aufzunehmen und zu bewerten.

AM Thomas Kirchhoff befürwortet den Antrag grundsätzlich und schlägt vor die die Anwendung des Instrumentes Erbbaurecht erstmal durch die Verwaltung prüfen zu lassen.

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke sagt zu, dass Grundstück mit in die Liste der zu prüfenden Grundstücke aufzunehmen.

Stv. Walter Drennhaus führt aus, dass es Ziel der SPD sei, zeitnah etwas zu erreichen. Der Antrag werde daher nicht zurückgezogen. Der letzte Satz des Antrages soll jedoch dahingehend geändert werden, dass die Anwendung des Instruments Erbbaurecht durch die Verwaltung zu prüfen ist.

Beschluss:

Die Verwaltung möge Vorbereitungen treffen, auf dem Grundstück des heutigen Feuerwehrgerätehauses in Gruitzen nach dessen Verlagerung bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dabei soll geprüft werden, ob das Instrument Erbbaurecht zur Anwendung kommen kann.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja / 3 Enthaltungen / 0 Nein
Mehrheitlich beschlossen

7./ Gebäudemanagement
hier: Sachstandsbericht Projekte
Vorlage: 65/047/2023

Protokoll:

Stv. Meike Lukat kritisiert, dass im Sachstandsbericht keine Kostenberechnungen für Projekte vorliegen, die bereits im Haushaltsentwurf eingepreist und für die bereits Mieteinnahmen eingestellt wurden.

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke teilt mit, dass eine Aufstellung der Mieten und eine Liste der freiwilligen Leistungen spätestens zum HFA vorgelegt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Gebäudemanagements (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

8./ Tiefbauamt
hier: Sachstandsbericht Projekte
Vorlage: 66/061/2023

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

9./ Betriebshof
hier: Sachstandsbericht Projekte
Vorlage: 70/023/2023

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Betriebshofs (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

10./ Stellenplan 2023
hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 63/1 (Amtsleitung Amt 63)
von derzeit 0,5 auf 1,0
Vorlage: 10/109/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt mit Stellenplan 2023 die Stelle der Amtsleitung des Amtes für Bauaufsicht und Denkmalschutz um einen zusätzlichen Stellenanteil von 0,5 auszuweiten.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja / 1 Enthaltung / 0 Nein
Mehrheitlich angenommen

11./ Haushaltsplanberatungen 2023; Stadtentwicklung, Planung und Bau
Vorlage: 20/077/2023

Protokoll:

Stv. Meike Lukat kritisiert, dass den Fraktionen wichtige Informationen z.B. zu den freiwilligen Aufgaben noch nicht vorliegen. Zudem bestehen Defizite in der Darstellung, so dass einzelne Projekte wie z.B. die Sandbachverrohrung überhaupt nicht benannt wurden. Den größten Posten mache das Gebäudemanagement aus. Die Sitzungsvorlage wurde erst am Nachmittag des Sitzungstages eingestellt. Eine Beschlussfassung könne daher nicht stattfinden.

TA Sabine Scharf führt aus, dass der Sachstandsbericht des Gebäudemanagements am 02.02.2023 an die Fraktionen per E-Mail verschickt worden ist. Die Unterlagen wurden am selben Tag auch in das öffentliche Ratsinformationssystem eingestellt. Der Sachstandsbericht des Gebäudemanagements wurde hier aber nicht angezeigt, der Fehler ist erst am Sitzungstag aufgefallen und behoben worden.

Stv. Andreas Rehm bittet um Darstellung, ob die Erschließung des Bürgerhauses verschoben werden könne.

StOVR'in Doris Abel erläutert, dass die Verwaltung ein voll erschlossenes Grundstück veräußern möchte und der Ausbau bereits mit allen Versorgungsträgern abgestimmt worden ist. Eine Verschiebung in das Jahr 2024 würde nur zu unnötigen Verzögerungen und Mehrarbeit führen.

Stv. Nicola Günther fragt nach, ob die Erhöhung der Grund- und Gebäudeversicherung in der Höhe akzeptiert werden müsse.

StOVR'in Doris Abel führt aus, dass der aufgeführte Betrag das Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens ist und entsprechend akzeptiert werden müsse.

Beschlussvorschlag:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 4 Enthaltungen / 3 Nein
Mehrheitlich angenommen

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die schriftlich eingereichten Anfragen wurden von der Verwaltung beantwortet. Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

Es erfolgen bis auf die schriftlich vorgelegte Mitteilung keine weiteren Mitteilungen.